

# Krieg der Fabriken

Autor(en): **Schmitt, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **11 (1943-1944)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-759446>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Krieg der Fabriken

Von Paul Schmitt

Zwei Arbeiten über das Thema der grossen Industrien im Kriege liegen vor. Die erste ist ein Buch des Redaktors der Frankfurter Zeitung Erich Welter „Der Weg der Deutschen Industrie“, das im Buch-Verlage der genannten deutschen Handelszeitung vor einigen Monaten erschienen ist, die andere stammt von dem schwedischen Wirtschaftssachverständigen H. G. Tonndorf und führt den Titel „Krieg der Fabriken — über das Industriepotential der kriegführenden Mächte“ (Europa-Verlag Zürich 1943).

Die Sachlage ist die: „Die Kriegführenden versuchen mit aller Gewalt die Entfaltung der gegnerischen Wirtschaftskräfte zu stören, und ein grosser Teil der militärischen Operationen hat nicht zum Ziel die bewaffneten Streitkräfte des Feindes zu schlagen, sondern seine wirtschaftlichen Grundlagen zu unterwühlen.“ So Tonndorf; und Welter stellt fest, dass „der deutschen Industrie der Produktionskrieg mit dem britischen Weltreich, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufgezwungen ist.“ „In diesem industriellen Produktionskrieg handelte es sich (für Deutschland) nicht mehr nur darum, die Unabhängigkeit von der Zufuhr ausländischer Rohstoffe sicherzustellen, sondern die Produktion auch in bestimmten alteingesessenen, typisch deutschen Industrien rasch zu erweitern, nicht nur in Zweigen der deutschen Rüstungsindustrie, sondern auch auf den verschiedensten anderen Gebieten, auch auf den Endstufen der Verarbeitung — zum Beispiel: mehr Lokomotiven, mehr Landmaschinen — also auf Stufen, die der Vierjahresplan (d. i. Die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung) noch ganz sich selbst hatte überlassen können... Zum Teil schon fast erloschene Industriezweige mussten mitten im Kriege plötzlich wieder in lebhaften Gang gebracht werden, etwa weil Tropenstoffe für Afrika oder dicke Futterstoffe für den Winterkrieg im Osten in grossen Mengen rasch herzustellen waren.“

Damit hat Welter das Problem der maximalen Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft im Kriege aufgerollt, man nennt diese auch das „Kriegspotential“. Tonndorf sagt, dass das Kriegspotential den Spiegel des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes und der Wirtschaftsstruktur eines Landes darstellt; man kann also ein grosses Kriegspotential nicht einfach improvisieren.... aber man kann es, beispielsweise, durch den Ausbau kriegswichtiger Industrien, durch Vorratswirtschaft usw. schon in Friedenszeiten verstärken... Doch stossen auf den

Schlachtfeldern nicht die Kriegspotentiale, sondern Flugzeuge, Tanks, Kanonen usw. zusammen, d. h. letzten Endes das Kriegseffektiv. Es ist wohl eine der wichtigsten Erfahrungen dieses Krieges, dass gewaltige Industriekapazitäten, Arbeiterheere, Rohstoffquellen usw. nichts nützen, wenn sie nicht systematisch und beizeiten auf die Aufgaben des Krieges ausgerichtet werden. Frankreich ist das Beispiel einer Macht, die es versäumte ihre kriegerische Leistungsfähigkeit rechtzeitig zu erhöhen: Vor Kriegsausbruch „hatte die französische Regierung ursprünglich mehrere tausend Flugzeuge — in den Vereinigten Staaten — bestellen wollen, aber es gelang der französischen Flugzeugindustrie, Daladier zu veranlassen die Bestellung auf einige hundert Apparate herabzusetzen — sie war natürlich selbst in der Lage, alle nötigen Flugzeuge zu liefern!“ Es ist bekannt, dass der Mangel an Flugzeugen sich während des Feldzuges 1940 für Frankreich verhängnisvoll auswirkte. „Die erste Welle von alliierten Bestellungen kam zur Jahreswende 1938/39 nach Amerika, die andere nach Kriegsausbruch. Aber erst nach den Ereignissen im Frühling 1940 schwollen die alliierten Bestellungen auf 12000 Flugzeuge an.“ Es dauerte aber noch eine Weile bis die amerikanischen Unternehmer die produktionstechnischen Schwierigkeiten überwunden hatten. Interessant ist Tonnedorfs Notiz, „dass auch viel Zeit durch die Unentschlossenheit der Behörden verloren ging.“ So habe sich während der Verhandlungen ein nordamerikanischer Unternehmer erhoben und mit folgenden Worten verabschiedet: „Meine Herren, Sie können Flugzeuge und schöne Fabriken im mittleren Westen bekommen, aber wenn Sie etwas haben wollen, müssen Sie sich darüber einig werden, wie Sie es haben wollen.“ Trotz solcher Anfangsschwierigkeiten kam die Massenherstellung von Militärflugzeugen in Gang: „Die Gesamtproduktion des Jahres 1941 kann ziemlich genau mit 10000 bis 11000 Flugzeugen angegeben werden. Die Zahl der Arbeiter betrug zuletzt nahezu 400,000 Mann.“

Das Jahr 1942 brachte die Pläne für eine Ausschöpfung des nordamerikanischen Kriegspotentials. Dies ist das Produktionsprogramm der U. S. A.

	für 1942	und 1943
Flugzeuge	60 000	125 000
Tanks	45 000	75 000
Flugabwehrkanonen	20 000	35 000
Handelsfahrzeuge	8 000 000	10 000 000
(in dead weight t)		

Der Budget Voranschlag für Rüstungsausgaben der U. S. A. entwickelt sich sprunghaft; die Zahlen — in Milliarden Dollar —

sind diese: für 1939/40:1,7; 1940/41:6,3; 1941/42:26,0; 1942/43:67,0. — Zu beachten ist hierbei folgendes:

„Aehnlich wie England hatte auch Amerika eine wichtige Reserve für die Durchführung des Kriegsprogramms in der recht umfangreichen Arbeitslosigkeit. Bei Kriegseintritt (im Dez. 1941) gab es noch ca. 9 Millionen Arbeitslose, ihre Zahl ist bis zum August 1942 auf 2,2 Millionen zusammengeschmolzen. Gleichzeitig beschäftigten die Kriegsindustrien 13 Millionen Arbeiter und ihre Zahl wuchs monatlich um 1 Million Mann. .... Die gesamten Arbeitsreserven der U. S. A. betragen etwa 60 Millionen Menschen.“ „Dazu wurde die Produktion für den zivilen Bedarf energisch „gedrosselt“. Die Vorräte an verschiedenen Bedarfsartikeln werden für bedeutend geschätzt, und Tonndorf nimmt an, dass sie „wahrscheinlich für die Dauer des Krieges reichen werden.“ —

\*

Erich Welter gibt in seinem Buch eine Schilderung der deutschen Industrie im letzten, im nationalsozialistischen Jahrzehnt. Seine Darstellung hat dokumentarischen Wert, denn „die Hauptquellen des Buches sind die ausgedehnten enqueteähnlichen Befragungen, die der Verfasser selbst in seiner Eigenschaft als Leiter der wirtschaftspolitischen Redaktion der Frankfurter Zeitung bei Männern der Industrie und der praktischen Industriepolitik vorgenommen hat.“

Im einleitenden Abschnitt weist der Verfasser auf die seit 1933 veränderte rechtliche Lage des deutschen Grossgewerbes hin: die deutsche Industrie besteht nicht mehr aus privaten Unternehmungen, sondern ist in den Rahmen eines „Sozialismus ohne Sozialisierung“ eingefügt, ist „Staatsinstrument“; das „Volk“ ist der „oberste Lehnsherr“ der industriellen Betriebe; der Staat und die Unternehmer sind „Miteigentümer“ der Werke. (In den „angelsächsischen“ Staaten bleiben dagegen die Produzenten im bisherigen Rechtsstande.) Doch gebe es „für gewöhnliche Zeiten (d. i. für den Frieden) optimale Grenzen für das Mass dieser Teilhaberschaft.“ Für den Frieden erwarte man eine Regelung des Verhältnisses von Staat und Industrie „weniger auf dem Wege des Kommandos als auf dem der vertrauensvollen Zusammenarbeit.“

Vorläufig findet sich jedoch die deutsche Industrie in die Kriegswirtschaft eingespannt, welche schärfere Anforderungen stellt als die vor dem Kampfbeginn entworfene „heute noch weiterwirkende, überaus fruchtbare, neomerkantalistische Industriepolitik“ des Vierjahresplans, nach welchem in der Hauptsache durch „unmittelbare Zusammenarbeit von Staat und Unternehmungen“ deutsche Erzgruben ausgebaut, Buna-Anlagen

(Kunstgummi), Hydrierwerke (Kunstbenzin) und Zellwollfabriken errichtet wurden. Ueber die Schwere der kriegswirtschaftlichen Aufgabe der deutschen Industrie wird man durch die Feststellung unterrichtet, dass die Industrie nicht nur über das anscheinend „Menschenmögliche“ hinaus im Gesamten produzieren musste, sondern dass auch „ihr Herstellungsprogramm fortgesetzt tiefgreifenden Veränderungen unterlag.“ (S. 49) „Wo der Gegner (in seiner Kriegsproduktion) nicht quantitativ zu schlagen ist, soll er durch qualitativen Vorsprung und durch Wendigkeit zur Strecke gebracht werden.“ Es stellte sich „das Bedürfnis nach einem neuen Lenkungsapparat heraus“ — über den schon bestehenden „Gruppen, Ringen und Reichsvereinigungen“ —, durch welchen „eine als notwendig erkannte Erweiterung oder ein Wechsel in der Produktion blitzschnell vorgenommen wird, und zwar selbst dann, wenn Arbeitskräfte, Rohstoffe, Vorprodukte, Maschinen, Energie, Transportmittel keineswegs im Ueberfluss zu Gebote stehen, sondern schon aufs äusserste ausgenutzt sind.“ (S. 50)

Dieser Lenkungsapparat hat u. a. die Aufgabe, „das Lockmittel hoher Preise“ als Stimulans der Produktion zu ersetzen, er „erzwingt“ einfach die erforderliche „Umlenkung der Produktion.“ Denn, so meint Welter: „Sogar in Ländern, in denen lange Zeit Ueberfluss an Rohstoffen und Arbeitskräften geherrscht hatte, waren, wenn kein besonderes Schaltwerk zur Verfügung stand, zuweilen lange Jahre nötig, um die industrielle Produktion durch Preiserhöhungen in Bahnen zu leiten, die der Staatsführung als lebenswichtig erschienen. Nur auf diese Weise erklärt sich, dass die Rüstungslieferungen der Vereinigten Staaten so schleppend in Gang gekommen sind. Derartige Verzögerungen verbieten sich für Deutschland.“ Soeben war aber zu lesen, dass die langsame Ankurbelung der nordamerikanischen Rüstungsindustrie auf die Haltung der französischen Regierung, auf die Unentschlossenheit der U. S. A.-Behörden und auf technische Schwierigkeiten zurückzuführen ist. Weiter ist zu beachten, dass die Entwicklung der Rüstungsindustrie für die Ausmasse des jetzigen Krieges von der Entwicklung der weltpolitischen Lage und damit auch von der innenpolitischen Situation einer Macht abhängt; nur wenn wirklich „Gefahr im Verzug“ ist, kann eine Macht wie die Vereinigten Staaten das Rüstungsbudget in einem Jahr von 6,3 auf 26 und das Jahr darauf auf 67 Milliarden Dollars erhöhen. Als blosser „vorsorgliche“ Massnahme ist dies unmöglich für eine Staatsführung, die keine expansiven militärischen Pläne hat. Im rüstungspolitischen Abwarten-Können liegt eine grosse Stärke, werden doch so auf lange die seelischen und materiellen Reserven eines Volkes geschont. Jedoch nicht mit jedem politischen Konzept verträgt sich das Abwarten, auch nicht mit jeder im

Gang der politisch-strategischen Aktionen einmal entstandenen Lage. So lesen wir denn in Welters Buch, dass sich für das heutige Deutschland Verzögerungen der Rüstungsproduktion verbieten und dass der „Lenkungsapparat“ „blitzschnelle“ Dispositionen trifft, selbst dann wenn sämtliche Produktionsmittel „schon aufs äusserste ausgenutzt sind“. Allerdings enthält diese Feststellung kein Kompliment für die obersten Lenker des Lenkungsapparates, macht sie doch implicite das Zugeständnis, dass das ursprüngliche Konzept — wohl durch den der deutschen Industrie aufgezwungenen Produktionskrieg? — etwas in Unordnung geraten ist, aber sie enthält eine Anerkennung der gewaltigen Leistung der deutschen Produzenten, der Fabrikleiter, Techniker und Arbeiter, im „Krieg der Fabriken.“

\*

Der „Preismechanismus“, der „Markt“, hörten wir, ist in der heutigen deutschen Wirtschaft — wenigstens im Grossen — ausgeschaltet; Preis, Markt und Wettbewerb haben eine wohlbekanntes volkswirtschaftliche Wirkung u. a. die, dass sie zur „Rationalisierung“ d. h. zu Einsparungen an Material und Arbeitskosten auf der Seite der Produzenten, zu billigen Erwerbskosten auf der Seite der Konsumenten führen. Nun sah sich der Staat genötigt, für die „Ausschaltung der Wirkung des Wettbewerbs einen Ersatz zu schaffen und einen ähnlich wirkenden Druck auf die Produktionskosten auszuüben.“ „Die Kontrolle der Preise, die für öffentliche Aufträge erstattet werden, ist um einen solchen Druck bemüht, der den Impuls zur Produktionsrationalisierung wachhält.“ Doch „schien die Handhabung der Richtlinien für die Berechnung der Preise bei öffentlichen Aufträgen zunächst die Unwirtschaftlichkeit prämiert“ zu haben. (S. 88) Man erstattete nämlich die Kosten zuzüglich eines nach diesen berechneten Gewinnzuschlags, „was auf den Grundsatz hinausläuft: je teurer und unwirtschaftlicher jemand produziert, umso mehr verdient er“. Darum wurden z. B. die grossen Konzerne der Rüstungsindustrie „durch intensive Prüfungen“, die ein Stab von „Preisprüfern“ vornahm zu „rigorosen Abstrichen“ an ihren Kosten genötigt. „Die Konkurrenz des Marktes, so meinte ein Kenner der Verhältnisse, sei durch die Konkurrenz der Preisprüfer ersetzt worden: Der Prüfer, der nichts finde, riskiere auf die Dauer seinen ganzen Ruf und laufe Gefahr abberufen zu werden.“ Deshalb sei denn auch dieses System der „individuellen Kostenvergütung“ durch Festsetzung von Einheitspreisen abgelöst worden, die den Unternehmern die Verbesserung ihrer Gewinnlage durch selbsterfundene Rationalisierung ermögliche. Grössere Gewinne werden aber wieder durch Steuern abgeschöpft.

Ein starker Antrieb für die „technische“ Rationalisierung wird durch den kriegsbedingten Arbeitermangel gegeben. „Die absolute Knappheit an Menschen nötigt zu den äussersten Einsparungen“ an Menschenkraft. (S. 91) Darum erfand man den „eisernen Bergmann“, mit dem „versuchsweise“ gearbeitet wird. Die „praktische Anwendung“ dieser Maschinen, welche Kohlen herausreissen, zerkleinern und an das Förderband weitergeben, ist „bisher auf mächtige Flöze beschränkt, die gerade an der Ruhr verhältnismässig selten sind“. Im Tagbau der Braunkohlenförderung sei dagegen die Mechanisierung weit gediehen. Welche Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft in der Produktion überhaupt zukommt, erläutert Welter am Rohstoff Eisen. „Die Eisenfrage ist eine Koksfrage, die Koksfrage ist eine Transportfrage und eine Arbeiterfrage, die Frage der ausländischen Arbeiter ist eine Frage der Ernährung und nicht zuletzt des Barackenbaus.“ Eisen ist knapp. „Die Ueberwindung der Eisenknappheit ist keine isolierte Frage der Eisenindustrie.“ Da auch „in der Zukunft“ mit einer starken Beanspruchung der „europäischen Eisenreserven“ zu rechnen ist, so verlangt die zuständige „Reichsvereinigung“ Einsparungen an Massiv-Stahl und Ersetzung des weichen, schweren Stahls durch den härteren tragfähigeren und leichteren Stahl im sogenannten „Leichtbau“. Dadurch könne „ohne den geringsten Schaden“ eine Materialersparnis von 30 bis 40 Prozent erzielt werden. „Dieser Leichtbau hat aber noch eine andere Seite. Das Material für den Leichtbau ist, in Kilo gerechnet, teurer als das Vollmaterial, denn das Stahlwerk muss schon in das Vorprodukt mehr Arbeit hineinstecken. Mehr Arbeit erfordert aber der Leichtbau vor allem im weiter verarbeitenden Werk. Hier muss, wo früher einfach Massivstahl eingesetzt werden konnte, nun daran gegangen werden, Blech zu formen, es werden plötzlich an die Schweissttechnik erhöhte Anforderungen gestellt, sowohl in der Fabrikation wie später bei Reparaturen. Für den Leichtbau werden auch mehr Maschinen gebraucht, Pressen, Schweissmaschinen, Umformer, Blechbearbeitungsmaschinen. Selbst wenn man sie bekommt — in ihnen steckt ebenfalls viel Arbeit. Der Leichtbau ist also auch eine Maschinenfrage. Und da mit der Arbeitskraft, namentlich mit Facharbeit, hausgehalten werden muss, stellt es sich heraus, dass die Frage des Leichtbaus keineswegs nur eine Eisen- sondern ebensosehr eine Arbeiterfrage ist.“ (S. 79) Zu diesen Fragen kommen jeweilen hinzu jene „des Gleichgewichts im Arbeitseinsatz, in der Wagengestellung, in der Stromversorgung“; überhaupt sei der „letzte Nagel, das letzte Schräubchen, ohne das die übrige Arbeit von Dutzenden anderer Werke in Deutschland vergeblich bleibt“ zu berücksichtigen (S. 76). Hierher gehört auch das Landarbeiterproblem, „ein gefährliches Loch (im Gesamtwirtschafts-

plan), das für die deutsche Ernährung zu entstehen drohte", dieses sei durch die Ostarbeiter aus den „ehemals sowjetischen Gebieten" ... „fürs erste, wenn nicht qualitativ, so doch quantitativ" ausgeglichen. — Diese aus Welters Buch ausgezogenen Notizen erläutern in eindrucksvoller Weise Tonndorfs oben mitgeteilte Angaben über die nordamerikanischen Arbeitsreserven. Letzterer gibt schätzungsweise die Zahl der in Deutschland im Sommer 1942 eingesetzten Ostarbeiter mit 1,2 Millionen an, und die Zahl der ausländischen Arbeiter überhaupt — nach einer Notiz der Frankfurter Zeitung — mit nahezu 6 Millionen Mann; er schreibt: „Eine Arbeitsarmee von sechs Millionen bedeutet zweifellos eine grosse Entlastung, und ohne ihren Beitrag würde die Stellung der deutschen Wirtschaft heute ohne Zweifel unvergleichlich schlechter sein. Aber einen vollen Ersatz für die Einberufenen und gefallenen deutschen Arbeitskräfte gibt sie nicht. Dies gilt besonders für die Kriegsgefangenen, deren Leistungen im vorigen Kriege 40—50 Prozent unter denen der deutschen Arbeitskräfte lagen." Zu berücksichtigen ist bei diesem Problem noch, dass das von Deutschland besetzte Europa von etwa 300 Millionen Menschen und die besetzten russischen Gebiete von 60 bis 90 Millionen (die Angaben schwanken) bewohnt wird, und dass vorläufig noch keine Abschätzung darüber möglich ist, in welchem Umfang die in diesen Ziffern enthaltenen Arbeitsreserven für den „Produktionskrieg" mobilisiert werden konnten.